

## LANDTAG

## Rund 200 neue Tafeln für Tempo 30 in Vaduz

Wann werden in Vaduz die Tempo-30-Tafeln aufgestellt? Zu dieser kleinen Anfrage des FL-Abgeordneten Paul Vogt erklärte Verkehrsminister Norbert Marxer im letzten Landtag: «Die Gemeinde Vaduz beantragte, auf den Quartierstrassen die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren. Die Einführung des Tempo 30 km/h auf den Quartierstrassen ist sehr aufwändig. Nach unserer Gesetzeslage ist es nicht möglich, Tempo 30 km/h nur an den Ortseingängen mit dem Zusatz «ausser auf Vorrangstrassen» anzubringen. Es ist notwendig, dass jede Quartierstrasse oder Zone separat signalisiert wird. Das bedingt in Vaduz ca. 200 neue Verkehrszeichen. Darin enthalten sind Tafeln «Beginn der Zone mit Geschwindigkeitsbeschränkung», «Ende der Zone mit Geschwindigkeitsbeschränkung» und «Kein Vortritt». Bei jeder Einmündung einer Strasse mit Tempo 30 km/h in eine übergeordnete Strasse ist zusätzlich zu den Verkehrszeichen eine Bodenmarkierung «Wartelinie» (Dreiecke für «Kein Vortritt») nötig. Vor kurzem fand ein Gespräch zwischen Vertretern der Gemeinde Vaduz, der Einsatz- und Verkehrspolizei und dem Tiefbauamt statt, in dem der Gemeinde Vaduz die Anforderungen betreffend die Signalisation erläutert wurden. Die Gemeinde Vaduz wird nun einen Plan ausarbeiten, in dem die Stellen, wo die Tafeln und Bodenmarkierungen angebracht werden sollen, eingezeichnet werden. Das Tiefbauamt wird anschliessend die entsprechenden Signalisationsverfügungen in die Wege leiten.»

## Erkenntnisse leider nur selektiv wiedergegeben

Wie steht die Regierung zur Tatsachen verdrehenden Informationspolitik der Vorarlberger Behörden zum Letzetunnel? Zu dieser Anfrage des FL-Abgeordneten Egon Matt bemerkte Regierungsrat Norbert Marxer im letzten Landtag: «Der Bericht im «Feldkircher Anzeiger» vom 8. Juni dieses Jahres zur Studie grenzüberschreitender Verkehr Liechtenstein/Schweiz-Vorarlberg wurde von einer überparteilichen Initiativegruppe «Initiative für Feldkirch» verfasst und finanziert. Es handelt sich um keine offizielle Verlautbarung einer Vorarlberger Behörde oder der Stadtverwaltung Feldkirch. Im Rahmen dieser Berichterstattung wurden die Erkenntnisse der Untersuchung zum grenzüberschreitenden Verkehr von der Interessensgruppe «Initiative für Feldkirch» leider nur selektiv wiedergegeben. Generell ist auszuführen, dass seitens der Regierung in Gesprächen gegenüber Vertretern der Republik Österreich, dem Land Vorarlberg und der Stadt Feldkirch immer ausgeführt wurde, dass der alleinige Bau des Letzetunnels für den Gesamtverkehr Liechtensteins das schlechteste Szenario mit den grössten negativen Folgen für das liechtensteinische Verkehrssystem darstelle. Die Regierung ist entschlossen, alle verfügbaren Massnahmen zu ergreifen, um eine Liechtenstein belastende Entwicklung zu verhindern.»

## Lehrstellen-Situation wesentlich entspannt

Wann ist mit der Beantwortung des Postulats betreffend Massnahmen zur Förderung der Schaffung von Lehrstellen zu rechnen?, fragte der FBPL-Abgeordnete Alois Beck im letzten Landtag. Gleichzeitig erkundigte er sich nach der aktuellen Lehrstellensituation. Regierungsrat Norbert Marxer gab hierzu folgende kurze Stellungnahme ab: «Die Postulatsbeantwortung wird noch im Sommer dieses Jahres an den Landtag ergehen. Die Beantwortung des Postulats hat sich aufgrund von verschiedenen anderen prioritären Aufgaben verzögert. Die Situation der Lehrstellensuche hat sich im Sommer 1999 gegenüber dem Vorjahr wesentlich entspannt. Die Situation im Sommer 2000 ist etwa mit dem Vorjahr vergleichbar. Bis heute sind beim Amt für Berufsbildung 280 Lehrverträge auf Sommer 2000 registriert worden. Derzeit sind 65 offene Lehrstellen gemeldet. Bei einem Teil dieser Lehrstellen bedeutet dies, dass zwar Bewerber vorhanden sind, dass aber über die Besetzung der Lehrstelle noch nicht entschieden wurde, bzw. dass dem Amt für Berufsbildung (noch) keine Rückmeldung vorliegt. Der Berufsberatungsstelle sind noch 6 Jugendliche bekannt, welche noch keine Lehrstelle im passenden Beruf gefunden haben. Für diese werden weiterhin Lösungen gesucht. Das Amt für Berufsbildung geht davon aus, dass auch dieses Jahr wieder für die allermeisten Lehrstellensuchenden eine Lösung gefunden werden kann.»

## Viele Fragen unbeantwortet

Abkommen Schweiz-EU und mögliche Auswirkungen auf Liechtenstein

Die sieben sektoriellen Abkommen der Schweiz mit der EU können in einzelnen Bereichen auch Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und Liechtenstein haben. Viele grundsätzliche Fragen sind allerdings noch unbeantwortet. Dies geht aus der nachstehenden Stellungnahme von Regierungsrätin Andrea Willi zu einer entsprechenden kleinen Anfrage des FBPL-Abgeordneten Alois Beck hervor.

Die sieben von der Schweiz mit der EU abgeschlossenen sektoriellen Abkommen, welchen die Schweiz am 21. Mai 2000 zugestimmt hat, betreffen die Bereiche Forschung bzw. wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, öffentliches Beschaffungswesen, Technische Handelshemmnisse, Landwirtschaft, Luftverkehr, Landverkehr sowie Freier Personenverkehr.

Die Schweiz hatte den drei andern EFTA-Staaten das Angebot unterbreitet, die Regeln aus diesen sektoriellen Abkommen möglichst weitgehend und auf der Basis der Gegenseitigkeit in die EFTA-Konvention bzw. in die Zusammenarbeit der vier EFTA-Staaten aufzunehmen. Dementsprechend wurde ein ad-hoc Lenkungsausschuss der EFTA-Staaten eingesetzt mit dem Mandat, dem EFTA-Rat Vorschläge zu unterbreiten; zusammen mit anderen Anpassungen der EFTA-Konvention, die unabhängig von den sektoriellen Abkommen allenfalls vorgenommen werden sollten.



Die sieben sektoriellen Abkommen der Schweiz mit der EU können in einzelnen Bereichen auch Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und Liechtenstein haben. (Archivbild)

## Umstrittene Punkte

Der Lenkungsausschuss sah sich, trotz wichtigen Fortschritten bei der Beurteilung einzelner Sachthemen, bisher nicht in der Lage, konkrete Elemente für allfällige Verhandlungen unter den EFTA-Staaten im Sinne eines Gesamtpakets zu definieren. Insbesondere umstritten ist die Aufnahme von Bestimmungen über den Dienstleistungsbereich, der in den sektoriellen Abkommen nur am Rande erfasst wird, sowie eine Liberalisierung im Bereich der landwirtschaftlichen Produkte. Bevor hierzu nicht Entscheidungen

auf politischer Ebene getroffen werden, bleibt unklar, was allenfalls Gegenstand von Verhandlungen sein würde. Insofern ist auch noch nicht beschlossen, inwieweit die EFTA-Konvention anzupassen wäre.

## Auswirkungen möglich

Andererseits können je nach Inhalt der zu treffenden Vereinbarungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein die sieben sektoriellen Abkommen in einzelnen Bereichen auch – und gegebenenfalls unabhängig davon, was im Rahmen der EFTA schliesslich vereinbart werden

wird – Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und Liechtenstein haben. Zu diesen Fragen wurde ein bilateraler Lenkungsausschuss eingesetzt, der die nationalen Experten mit der Ausarbeitung von konkreten Vorschlägen beauftragt hat. Auch diese Vorarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Aus der Sicht der Regierung steht das weitere Vorgehen auf der Ebene der EFTA-Staaten und im bilaterale Verhältnis Liechtensteins zur Schweiz in einem engen Zusammenhang. Viele grundsätzliche Fragen sind noch nicht beantwortet.

## Ist kompetente Auskunft gewährleistet?

Kleine Anfrage zum Liechtenstein-Personal an der EXPO 2000 in Hannover

Die Standbetreuerinnen und Standbetreuer beim Liechtenstein-Pavillon an der EXPO 2000 in Hannover sind nach Einschätzung der Regierung in der Lage, nicht nur kompetent Auskunft über unser Land zu geben, sondern auch zu spezifischen Fragen Stellung zu nehmen.

Ein Schwerpunkt der Liechtenstein-Präsenz in Hannover ist dem Thema Finanzdienstleistungsplatz gewidmet. Der FBPL-Abgeordnete Johannes Matt erkundigte sich daher im letzten Landtag, wie das liechtensteinische Personal auf seinen Einsatz an der EXPO 2000 und insbesondere auf alle Finanzplatzbezogenen Fragen vorbereitet wurde. Nachstehend die Antwort von Regierungschef Mario Frick.

Die Standbetreuerinnen und Standbetreuer beim Liechtenstein-

Pavillon an der EXPO 2000 in Hannover wurden im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung gesucht. Mit rund 60 Bewerberinnen und Bewerbern wurden Interviews geführt, wobei speziell darauf geachtet wurde, ob die Kandidaten kompetent über unser Land Auskunft geben können. Die Hälfte davon wurde schliesslich ausgewählt und im Rahmen einer zweitägigen Klausur Ende März 2000 auf ihre Aufgaben in Hannover vorbereitet. Im Rahmen dieser Ausbildungstage wurden den künftigen Standbetreuerinnen und Standbetreuerinnen vor laufender Kamera unter anderem auch kritische Fragen zum Finanzdienstleistungsplatz Liechtenstein gestellt. Diese Übungen wurden anschliessend ausgewertet.

## Standardantworten bereit

Den Standbetreuerinnen und

Standbetreuer beim Liechtenstein-Pavillon in Hannover stehen auch schriftliche Standardantworten zu verschiedenen kritischen Fragen, unter anderem zum Finanzdienstleistungsplatz Liechtenstein, zur Verfügung. Sie sind somit in der Lage, nicht nur kompetent Auskunft über unser Land zu geben, sondern auch zu spezifischen Fragen Stellung zu nehmen. Besonders kritische Fragesteller sowie die Medienschaffenden werden an den vor Ort anwesenden Pavillon-Direktor, Pio Schurti, weitergeleitet. Dabei ist allerdings nicht auszuschliessen, dass sich ein Journalist nicht zu erkennen gibt und dem Personal Fragen stellt.

## Wenig spezifische Fragen

Zum jetzigen Zeitpunkt kann gesagt werden, dass von den Besu-

chern nur sehr wenige spezifische Fragen zum Finanzdienstleistungsplatz Liechtenstein gestellt werden. Schliesslich ist festzuhalten, dass die Standbetreuerinnen und Standbetreuer auch laufend über die jüngsten Ereignisse und die Berichterstattung in den verschiedenen Medien informiert werden. Einmal pro Woche findet eine Teamsitzung, an welcher alle wichtigen Fragen besprochen werden, statt. Dem Personal vor Ort stehen zudem die beiden liechtensteinischen Tageszeitungen sowie Auszüge aus diversen ausländischen Zeitungen, welche über Internet abgerufen werden, zur Verfügung. Die Standbetreuerinnen und Standbetreuer können sich also kontinuierlich über das Land und die Berichterstattung informieren, damit sie wissen, worauf allfällige Fragesteller Bezug nehmen.

## Studie über extensiv genutzte Wiesen

Erfolgskontrolle beim Abgeltungsgesetz: Laufend statistische Erhebungen

Nach der Erfolgskontrolle beim landwirtschaftlichen Abgeltungsgesetz erkundigte sich in der letzten Landtagssitzung der FBPL-Abgeordnete Alois Beck.

Zur kleinen Anfrage erklärte der zuständige Regierungsrat Norbert Marxer: «Im Sinne einer Erfolgskontrolle von Art. 41 des Abgeltungsgesetzes wurden verschiedene Massnahmen eingeleitet. Im März 1998 hat die Regierung bei der Botanisch-Zoologischen Gesellschaft Liechtenstein-Sargans-Werdenberg eine 7-jährige Studie zur Beobachtung extensiv genutzter Wiesen in Auftrag gegeben. Diese Studie



Alois Beck: Wie stehts um die Erfolgskontrolle beim Abgeltungsgesetz. (Bild: bak)

orte auf wenig intensiv genutzten Wiesen und Buntbrachen ab.

In den Bereichen Hochstamm-Feldobstbau, Bodenbedeckung, Dauerwiesen, Integrierte Produktion, Biologischer Landbau, Umstellung Biolandbau, kontrollierte Freilandhaltung und tiergerechte Stallhaltung werden laufend statistische Erhebungen durch das Landwirtschaftsamt durchgeführt. Verschiedene statistische Werte können den jeweiligen Rechenschaftsberichten entnommen werden. Die laufende Beurteilung der einzelnen Massnahmen durch das Landwirtschaftsamt hat bislang keinen Handlungsbedarf ergeben. Die bereits vorliegenden Daten zeigen, dass die Massnahmen

von den Landwirtschaftsbetrieben gut angenommen worden sind. Bei rund 84 Prozent der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe handelt es sich heute um Bio- und IP-Betriebe. Über 10 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist als extensiv genutzte Wiese unter Vertrag.

Abschliessend ist auszuführen, dass die im Abgeltungsgesetz verankerten Massnahmen im Rahmen des WTO-Agrarabkommens als «green box»-Massnahmen anerkannt sind. Da ökologische Massnahmen in der Landwirtschaft international anerkannt werden, wird deren strategische Bedeutung für die Agrarpolitik nach Ansicht der Regierung zunehmen.»